

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Gleich Dieder)
Berlin N.O. 55, Grelswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Grelswalderstraße 221/223.
Sprechsprecher: Amt Königstadt, Nr. 472A.

Nr. 3.

Berlin, Mittwoch, 10. Januar 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Auf zu neuer Arbeit! — Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. — Zum Reichstagswahlkampf. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeil. — Literatur. — Anzeigen.

Auf zu neuer Arbeit!

Die Festtage, die sich in diesem Jahre besonders gehäuft hatten, liegen hinter uns. Jedermann hat sein gewohntes Tagewerk wieder aufgenommen. Die Stille, die uns eine kurze Zeit umgeben hat, hat dem Trübel wieder weichen müssen. Der Reichstagswahlkampf, der seinem Ende entgegengeht, hat damit gleichzeitig seinen Höhepunkt erreicht. Die Erbitterung, mit der die Parteien sich gegenseitig befehdeten, ist größer, als sie je gewesen ist. Auch diese Kampfstimmung wird bald wieder verschwinden sein, und mit ihr wird sicherlich manche Hoffnung begraben, die hier und da auf den Ausgang der Wahl gesetzt worden ist.

Doch das sind Gedanken, denen wir heute nicht nachhängen wollen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Arbeiterarbeit nicht gut daran tut, wenn sie sich allzuviel auf die Staatshilfe verläßt. Das Wort: *Selbst ist der Mann!* gilt auch heute noch. Sorgen wir deshalb vor allen Dingen dafür, daß unsere Organisation im neuen Jahre zunimmt an Zahl der Mitglieder und innerer Festigkeit! Damit dienen wir uns mehr, als wenn wir müßig die Hände in den Schoß legen und alles Geil von der Gesetzgebung erwarten.

Die Jahresende bringt in vielen Ortsverbänden Veränderungen mit sich. Hier und da werden die Männer, die bisher an der Spitze gestanden und sich im Dienste der Organisation bewährt haben, wiedergewählt. An anderen Orten werden neue Kräfte zur Führung der Geschäfte berufen, teils weil die bisherigen Kollegen aus diesen oder jenen Gründen ihr Amt nicht weiter führen wollen, teils auch, weil man es einmal mit anderen Führern versuchen will. Wie dem aber auch sei: Wer durch das Vertrauen der Gewerksvereinskollegen in den Ortsverbandsausschuß gewählt ist, der muß sich auch bewußt sein, daß er damit eine hohe Verantwortung übernimmt, nämlich die Verpflichtung, unsere Organisation zu vergrößern und ihr Ansehen in der Öffentlichkeit zu heben.

Wenn die Männer im Ausschuß sich dieser Verantwortung bewußt sind, und wenn sie vor allen Dingen einig vorgehen, so können sie viel erreichen, und die Lösung ihrer Aufgaben wird ihnen um so leichter fallen, wenn sie wissen, daß alle Gewerksvereiner am Orte hinter ihnen stehen und sie in der Förderung unserer Sache unterstützen wollen. Einigkeit vor allen Dingen ist das Zauberwort, das eine Organisation stark machen und vorwärts bringen kann. Nicht überall denkt man jederzeit daran. Auch aus den Tätigkeitsberichten, die uns bisher zugegangen sind, kann man ersehen, daß das Zusammenarbeiten zwischen Ausschuß und Mitgliedern nicht stets so vor sich geht, wie es eigentlich der Fall sein müßte. Es wird sogar darüber geklagt, daß frühere Ausschußmitglieder ihren Nachfolgern besondere Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben, so daß die Bewegung nicht nur ins Stocken geriet, sondern bisweilen sogar einen Rückschlag erfuhr. Vielleicht wollten die Betroffenen zeigen, wie lästige Kerle sie sind, und daß es ohne sie an der Spitze nicht vorwärts gehen kann. Wer sich zu einer solchen Handlungsweise herabwürdigen vermag, der beweist damit nur, daß er überhaupt niemals das Vertrauen verdient hat, das ihm auch nur für kurze Zeit geschenkt worden ist. Wer ein überzeugter Kollege ist, der tut seine Schuldigkeit überall, gleichviel auf welchen

Posten er gestellt ist. Die Sache muß ihm über alles gehen; die eigene Person muß in den Hintergrund treten. Das mußte einmal ausgesprochen werden. Sind solche Fälle, wie sie eben angedeutet wurden, auch nur selten, so muß doch nach Kräften vorgebeugt werden. Eine Organisation, die sich so vieler Feinde zu erwehren hat, wie die Deutschen Gewerksvereine, muß alle Kräfte zusammenfassen. Sie muß einig und in sich geschlossen dastehen, wenn sie vorwärts kommen und ihre Aufgaben erfüllen will.

Im Gegensatz zu den einzelnen Ortsvereinen, die sich in der Hauptsache mit Berufsfragen zu beschäftigen haben, liegt den Ortsverbänden die Erledigung der allgemeinen Aufgaben ob. Auf der einen Seite haben sie dafür zu sorgen, daß alle Glieder des Ortsverbandes gedeihen, daß aber auf der anderen Seite auch die Deutschen Gewerksvereine überall zur Stelle sind, wenn es sich um Aufgaben handelt, die die Arbeiterarbeit ohne Unterschied des Berufs betreffen. Wir denken da in erster Linie an die sozialen Wahlen, die schon dadurch an Bedeutung gewonnen haben, weil nach der Reichsversicherungsordnung für alle Versicherungsbehörden das Verhältniswahlrecht eingeführt ist. Da heißt es auch unsern Einfluß geltend zu machen, daß auch die Deutschen Gewerksvereine bei der sozialen Rechtsprechung mitwirken, wie es ihnen gebührt.

Aber auch sonst hat der Ortsverband mancherlei Aufgaben zu erledigen, die wir heute im einzelnen nicht aufzählen wollen. Zweck dieser Ausführungen soll nur sein, die an die Spitze berufenen Männer daran zu erinnern, daß sie von Anfang an ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Organisation zu stärken. Es liegt ja nahe, daß jeder Arbeiter zunächst daran denkt, seinem eigenen Ortsverein neue Mitglieder zuzuführen. Das geschieht aus einer Art Egoismus heraus. Es ist aber auch natürlich, weil man mit seinen Berufscollegen am häufigsten zusammenkommt und über die Organisation diskutiert. Es gibt aber doch auch viele Gelegenheiten, wo man Arbeiter an anderer Berufe trifft. Dann soll man diese auch für den Bruder-gewerksverein zu interessieren suchen. Darin wird viel gefehlt. Pflicht des Ortsverbandsausschusses muß es sein, in jeder Versammlung den Anwesenden den in den Gewerksvereinen von jeder betätigten Tag in Erinnerung zu rufen: *Ein für alle und alle für einen!* Nur wenn danach gehandelt wird, kann die Gesamtorganisation wachsen und gedeihen.

Vor allen Dingen aber muß danach gestrebt werden, Ortsvereine derjenigen Berufe ins Leben zu rufen, die am Orte noch nicht existieren. Wenn man sich das Adressenverzeichnis vornimmt, so muß man sich oft wundern, daß selbst an größeren Orten bisweilen Berufe nicht durch einen Ortsverein vertreten sind, die eigentlich nach der industriellen Entwicklung des betreffenden Ortes nicht fehlen dürften. Da muß man sich doch sagen, daß der Ortsverbandsausschuß nicht auf der Höhe steht. So etwas darf gar nicht vorkommen. Ist genug schon haben wir darauf hingewiesen, daß, wenn auf den ersten Anstich nicht gleich ein neuer Ortsverein gegründet werden kann, diejenigen Arbeiter, die sich zum Beitritt bereit erklärt haben, zunächst einem anderen Ortsverein zuzuführen sind. Dann muß aber unbedingt alles ausgebaut werden, daß in nächster Zeit so viele neue Berufscollegen gewonnen werden, daß der neue Ortsverein gegründet werden kann. Bei Energie und gutem Willen läßt sich das wohl durchführen. Es muß nur seitens der führenden Kollegen immer und immer wieder gebot werden. Vor allen Dingen müssen die kleineren Gewerksvereine auf die Unterstützung des Ortsverbandes rechnen können; die starken können eher fremder Hilfe entbehren. Deshalb Kollegen, be-

herzigt unsere Mahnung, die ja vielleicht in anderen Worten schon öfter an Euch gerichtet worden ist, und nehmt Euch gleich am Anfang des neuen Jahres vor, alle Kräfte daran zu setzen, daß neue Ortsvereine entstehen und namentlich den kleinen Gewerksvereinen die Agitationsarbeit erleichtert wird!

Noch an eine Aufgabe der Ortsverbände möchten wir erinnern. Hier und da kann ein einzelner Ortsverein nicht recht vorwärts kommen, teils weil seine Mitglieder zu sehr von den Begnern bedrängt werden, teils weil die an seiner Spitze stehenden Kollegen beim besten Willen die Vereinigungen nicht so zu gestalten vermögen, daß sie Werbekraft ausüben und neue Mitglieder heranzubekommen. Da hat der Ortsverband einzugreifen. Die Kollegen aus den anderen Berufen müssen den schwachen Ortsvereinen beistehen dadurch, daß sie ihre Versammlungen besuchen und, wie man sagt, etwas Leben in die Hude bringen. Mander Ortsverein ist dadurch schon vor dem Untergang bewahrt worden und hat einen erfreulichen Aufschwung genommen.

Zum Schluß möchten wir auch die Gewerksvereinspresse in empfehlende Erinnerung bringen. Das Verbandsorgan mußte in den Kreisen der Mitglieder viel weiter verbreitet sein. Es ist doch selbstverständlich, daß wenn jemand stets und ständig über alles, was in der Arbeiterbewegung vorgeht, unterrichtet, wenn er mit allen sozialpolitischen Vorgängen durch den „Gewerksverein“ vertraut gemacht ist, viel wirksamer für unsere Sache agitieren kann als ein anderer, dem die wichtigsten Waffen für die Auffklärung der Indifferenten fehlen. Deshalb liegt es im Interesse einer geistlichen Entwicklung des Ortsverbandes, wenn der Ausschuß sich möglichst zahlreiche tüchtige Mitarbeiter heranzieht, und das kann er am besten dadurch erreichen, daß er für die Verbreitung des Verbandsorgans bei jeder Gelegenheit eintritt.

Manchem tüchtigen Kollegen haben wir vielleicht heute Ueberflüssiges gesagt; den neuen Ausschußmitgliedern aber möchten wir unsere Worte noch einmal recht eindringlich ans Herz legen. Der Kampf für unsere Sache ist schwer. Wer aber die Ideale der Gewerksvereine erkannt hat, wer überzeugt ist, daß nur auf dem Boden unserer Anschauungen eine einheitliche und darum machtvolle deutsche Arbeiterbewegung sich entwickeln kann, der wird diesen Kampf gern führen, der wird aber auch alles anbieten, um die Zahl der Mitkämpfer zu vermehren. Darum mit frischen Kräften eifrig ans Werk! Tue ein jeder seine Schuldigkeit, dann wird das Jahr 1912, das Jahr des 80. Geburtstages unseres verstorbenen Begründers und Anwalts Dr. Max Girsch, ein Markstein in der Geschichte der Deutschen Gewerksvereine und damit der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt sein.

Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen

bildete den Gegenstand einer Untersuchung, die Dr. Klose D t o in den Württembergischen volkswirtschaftlichen Studien veröffentlicht hat. Es ist nicht unsere Absicht, die ganze Schrift hier einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Das meiste, was darin enthalten ist, möchten wir unter-schreiben, in manden Punkten aber können wir uns des Eindruckes nicht erwehren, als wenn die Schilderung denn doch etwas zu einseitig wäre. Trotz alledem bieten folgende Feststellungen großes Interesse:

Es ergab sich, daß als erheblichere Abzüge vom Lohn nur die Kosten der Kinderbewahrung in Betracht kamen. Diese Belastung des Ausgabeontos wurde aber andererseits wieder gemindert durch den Umstand, daß in dem Borge für die Kinder auch schon ein Teil ihrer Ernährungs-kosten, zum Teil ihre vollständige Versorgung (exkl. Kleidung) mit inbegriffen war. Wenn es die

meisten Frauen für selbstverständlich ansehen. Ausgaben zugunsten der Kinder zu machen, so erziehen sie ihnen ebenso selbstverständlich, jede andere Extraausgabe zu vermeiden. Die geringen Summen, die im allgemeinen für die Beforgung von Haushaltspflichten durch Fremde ausgegeben wurden, sind ein Beweis dafür. Die für Organisation verausgabten Gelder sind auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß die Zugehörigkeit zu einem Verband Krankenunterstützung sichert und einen gewissen Halt gegen Lohndruck gibt. Trotz der Verkürzung der ursprünglichen Einnahmen durch die nur durch die Fabrikarbeit der Frau veranlaßten Ausgaben bedeuteten die Nettoeinnahmen einen erheblichen Zuschuß für die Haushaltungen. Das ergab sich bei der Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen der Familien bei Mitarbeit der Frau und der Einnahmen bei Alleinarbeit des Mannes und aus der Berechnung der für eine gute Ernährung erforderlichen Summe. Auf der großen Differenz zwischen dem Bedarf einer Familie und den Einnahmen des Mannes beruht die Bedeutung der Fraueneinnahme. Und damit wird ein Argument, das gemächlich zugunsten einer Befreiung der Arbeit von Frauen in Fabriken geltend gemacht wird, der geringe Verdienst lohne nicht, der Wegfall könne seine Rolle spielen, hinfällig.

Die Untersuchung über die Haushaltung von Arbeiterfamilien zeigte, daß sich die Wirtschaftsführung der Familien mit Frauennarbeit nicht wesentlich von der der Familien ohne Frauennarbeit unterscheidet, daß eine Herabsetzung der Ernährungslosten in Familien ohne Frauennarbeit nur durch Verabminderung der Nahrungszufuhr erreicht wurde, ohne daß Ersatz durch nährstoffreichere Qualitäten geboten wurde. Gegen die Annahme, daß die Frauen ohne Fabrikarbeit mit demselben Selbstaufwand eine relativ bessere Ernährung erzielen, sprach die Übereinstimmung in der Art der Ernährung und in der Größe des Verbrauchs der verschiedenen Nahrungsmittel.

Ein wesentlicher Nachteil, der die Familien mit Frauennarbeit zum Teil in erhöhtem Maße traf, zeigte sich, wenn die Familienmitglieder ihre Verfügungen getrennt einnehmen mußten, wodurch für die Frau oder für die Kinder eine höchst ungenügende Ernährung tagüber bewirkt wurde. Der Grund der sonst ziemlich gleichen Lebensführung war erweislich in dem Fleiß der Frauen zu suchen, die noch nach aller Fabrikarbeit die Wirtschaft im Gang halten. Sodann in den beschränkten Mitteln aller Familien, die der Speisenzubereitung sehr enge Grenzen ziehen. Die Fabrikarbeiterfrau legt sich nicht die Frage vor, was geht am schnellsten, sondern ebenso wie die Frau, die den ganzen Tag für ihr Hauswesen sorgen kann, fragt sie sich: „was kostet am wenigsten?“ Dadurch allein wird Art und Größe des Einkaufs beengt, der wenig Spielraum für Kochkunst und zweckmäßige Weiterverwendung läßt. Zu der geringen Verwertungsmöglichkeit tritt dann noch bei allen Frauen der Mangel an hauswirtschaftlicher Schulung, die Inkenntnis des verschiedenen Nährwertes der Speisen, wodurch eine bessere Ausnützung der zu Gebote stehenden kleinen Summen unmöglich wird. Als letzte Ursache ist auch die Gewohnheit zu nennen, die die Leute an der einmal üblichen Ernährungsweise festhalten läßt, und da das Budget keine Ausdehnung der Ernährungslosten gestattet, so muß der Fleiß der Frauen bewirken, daß die Art der Ernährung in den herkömmlichen Grenzen bleibt.

Ebensonjenie wie die Ergebnisse der Untersuchung über die Wirtschaftsführung der verschiedenen Familien zu dem Schluß berechtigten, daß die Fabrikarbeiterinnen in ihrem Haushalt absolut oder relativ mehr verbrauchen, ebensonjenie ergaben sich erhebliche Abweichungen in einem anderen Teil des Budgets, so in den Kosten für Kleidung. Auch hier ist es der Fleiß der Frauen, der einer Erhöhung der Ausgaben oder der Vernachlässigung der Herabsetzung entgegenarbeitet.

Die Anerkennung, die hier der Arbeiterfrau gezollt wird, ist durchaus berechtigt, und wenn die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen hier gewissermaßen als ein Segen geschilbert wird, so kann dies unter den gegebenen Verhältnissen den Frauen nicht hoch genug angerechnet werden. Der Satz: „Die Frau gehört ins Haus“, hat leider zurzeit keine Berechtigung. Es hört sich theoretisch sehr gut an, praktisch aber ist er nicht durchführbar. Das muß natürlich berücksichtigt werden; einem Idealzustand aber entspricht das nicht. Besser wäre es, wenn die verheirateten Frauen nicht in die Fabrik zu gehen bräuchten, sondern wenn das Einkommen der Männer so hoch wäre, daß auf die Mitarbeit der Frauen verzichtet werden könnte. Wären diese in der Lage, sich lediglich ihrem Haushalt und ihrer Familie zu widmen, so würde daraus im Laufe der Zeit sicherlich mancher Vorteil resultieren. Die Frauen würden besser lernen, den Haushalt zu führen und könnten sich vor allen Dingen selbst der Erziehung ihrer Kinder widmen, was in dem erforderlichen Maße unmöglich ist, so lange sie in der Fabrik tätig sein müssen.

Zum Reichstagswahlkampf.

Auf zur Wahl! Am kommenden Freitag hat das deutsche Volk über die Zusammenlegung des Reichstages zu entscheiden. Von dem Ausfall der Wahl hängt voraussichtlich auf 5 Jahre die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches ab. Wer möchte da auf

sein Wahlrecht verzichten und der Urne fern bleiben! Von jedem Gewerksvereiner erwarten wir deshalb, daß er seine Staatsbürgerpflicht erfüllt und seinen Stimmzettel abgibt. Wenn unsere Mitglieder zu wählen haben, wird ihnen nicht vorgeschrieben. Jeder soll seiner eigenen Überzeugung Ausdruck verleihen. Es kann aber kein Kandidat die Stimme eines Gewerksvereiners erhalten, der für die Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände zu haben ist, der nicht entschieden jeder Schwächung der Arbeiterrechte entgegentritt oder der der Organisation der Deutschen Gewerksvereine feindselig gegenübersteht. Unbedingt aber muß er erwartet werden, daß dort, wo Gewerksvereinsführer als Kandidaten aufgestellt sind, diese sämtliche Gewerksvereiner-Stimmen bekommen. Bieten diese Männer doch die beste Gewähr dafür, daß sie die Forderungen und das Programm der Deutschen Gewerksvereine am energischsten und wirksamsten vertreten werden. Also, Kollegen, tut Eure Pflicht!

Über die Partei- und Berufsvertretung im alten Reichstage finden wir im „Korrespondent“ der Buchdrucker in vieler Hinsicht interessante Zahlen: Danach war die Stärke der einzelnen Fraktionen Anfang 1911 folgende: Zentrum 103, Deutsch-Konservative 53, Sozialdemokraten 53, Nationalliberale 51, Fortschrittliche Volkspartei 49, Freikonservative 25, Polen 20, Wirtschaftliche Vereinigung 17, Fraktionslose 17 und Deutsche Reformpartei 2; ein antientimittisches Mandat war bei Schluß des Reichstags durch Tod des bisherigen Inhabers unbesetzt.

Nach einer soeben erschienenen Schrift über die Berufsgliederung des Reichstags von Adolf Böd zerfallen die 397 Reichstagswahlkreise in 103 landwirtschaftliche, 194 kaufmännisch-gewerbliche und 100 gemischte. In den beiden ersten Gruppen beträgt die entsprechende berufliche Bevölkerung über 50 Proz., während in den gemischten Bezirken weder Landwirtschaft noch Industrie und Handel für sich allein die Hälfte der Bevölkerung ernähren. Bei einer wirklich gerechten Einteilung der Wahlkreise nach der Seelenzahl würden die landwirtschaftlichen Gruppen nur ein Aundert auf 73 Abgeordnete haben, dagegen kämen auf die 194 kaufmännisch-gewerblichen Kreise 246 Abgeordnete und auf die 100 gemischten Wahlkreise nur 78. In Wirklichkeit sind aber 3. B. die Zentrumsvertreter mit je 36 auf drei Gruppen verteilt. Die der Sozialdemokraten finden sich nur in der kaufmännisch-gewerblichen Gruppe. Die Konservativen beherrschen die landwirtschaftlichen Kreise. Die Freikonservativen sind zur Hälfte in den kaufmännisch-gewerblichen und zu einem Drittel in den gemischten Kreisen vertreten. Die Fortschrittliche Volkspartei hat 2 landwirtschaftliche, 34 kaufmännisch-gewerbliche und 14 gemischte Wahlkreise. Die Nationalliberalen haben 7 landwirtschaftliche, 34 kaufmännisch-gewerbliche und 14 gemischte Kreise. Die sogenannte Linke sibt im ganzen in 10 landwirtschaftlichen, in 111 kaufmännisch-gewerblichen und in 28 gemischten Kreisen.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise vor allem der sogenannten „Linken“ des Reichstages zugute kommen würde. Daher auch die Abneigung der Rechten und der Regierung gegen eine solche Neuregelung.

Die zahlreichen Attentate auf das Koalitionsrecht der Angestellten haben der „Deutschen Industriebeamtenliga“, dem Organ des Bundes technischer Beamten, Anlaß gegeben, einen eindringlichen Appell an alle Angestellten zu richten, daß sie bei den Reichstagswahlen ihre Stimme für dieses bedrohte Recht in die Waagschale werfen. Es heißt in dem „Sturmsignale“ überschriebenen Artikel:

Wir ermahnen von jedem Angestellten, daß er in dieser ersten Stunde sich seine Pflicht als Angestellter und Arbeitnehmer bewußt ist. Die Gefahr, die von einem Raube des Koalitionsrechtes droht, ist für die Angestellten unermesslich. Und diese Gefahr ist heute wieder einmal in greifbare Nähe gerückt. Aber wir dürfen mit unserer Verteidigung nicht warten, bis der Angriff da ist, denn die Entscheidung über die Bewirklichung der schwarzarbeiterischen Pläne fällt letzten Endes bereits bei den Wahlen am 12. Januar. Von der Zusammenlegung des kommenden Reichstages hängt es ab, wie weit das Arbeitsgebiet auf eine Bewirklichung seiner Hoffnungen rechnen kann. Darum achte jeder Angestellte darauf,

wenn er seine Stimme gibt, nachher werden alle Proteste zu spät sein. Unser Kampfziel bei den kommenden Wahlen lautet: Für das Koalitionsrecht!

Offentlich finden diese durchaus berechtigten Mahnungen nicht nur in den Kreisen der Angestellten, sondern auch der Arbeiter die nötige Beachtung! Wenn jedermann seine Schuldigkeit tut, müssen die Reichstagswahlen den Schwarzmachern einen gehörigen Denzettel verabreichen, der sie von vornherein auf ihre arbeiterfeindlichen Pläne verzichtet läßt.

Die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften zeigt sich im diesmaligen Reichstagswahlkampf im wahren Lichte. Fast täglich konnte man in der sozialdemokratischen Presse lesen, daß ein „freier“ Verband oder ein Ortskartell der „freien“ Gewerkschaften dem Wahlfonds der Partei — womit natürlich stets die sozialdemokratische gemeint ist — eine größere Summe zur Verfügung gestellt hat. Auch in der Gewerkschaftspresse wie in der „Holzarbeiterzeitung“ und der „Metallarbeiterzeitung“ wird ungeniert für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht. Das Wörtchen „frei“ ist also nur ein Ausbängelschild, mit dem man Unerschrockene anlocken will. Die richtige Firma ist: Sozialdemokratische Gewerkschaften. Es ist demnach entweder Feigheit oder Heuchelei, wenn man auf jener Seite sonst für sich das Beiwort neutral in Anspruch nimmt.

Bezüglich der Gültigkeit der Arbeiterfahrkarten anlässlich der Reichstagswahl ist folgendes bestimmt worden:

1. Arbeiterrückfahrkarten, die am Montag den 8. Januar gelöst werden, können zur Rückfahrt sowohl am 11. wie am 12. Januar benutzt werden.
2. Arbeiterrückfahrkarten können ausnahmsweise auch am 11. oder 12. Januar verausgabt werden. Sie berechtigen dann zur Rückfahrt an einem der Tage vom 12. bis 15. Januar.
3. Die Gültigkeit der Arbeiterrückfahrkarten, die entweder am 12. Januar oder am 13. Januar nicht benutzt werden, verlängert sich ohne weiteres um die Zahl der ausgefallenen Tage.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 9. Januar 1912.

Das der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß. So lautet der Titel einer Broschüre, die der Verbandsredakteur Kollege Ledem in Auftrag des geschäftsführenden Ausschusses verfaßt hat, und die namentlich vom Verbandsbureau bezogen werden kann. Die kleine Schrift enthält auf 24 Seiten in allgemeinverständlicher Darstellung die wichtigsten Bestimmungen des am 1. Januar in Kraft getretenen Gesetzes, so daß jeder Arbeiter über seine Rechte und Pflichten unterrichtet wird. Es liegt im Interesse unserer Mitglieder, daß die Schrift möglichst weite Verbreitung findet. Der Preis pro Exemplar beträgt 30 Pf., 10 Exemplare kosten 2,50 M., 20 Exemplare 4,25 M. Bei Bestellungen, die an den Verbandskollegen Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23, zuzurichten sind, ist der Betrag gleich mitzuführen. Es empfiehlt sich deshalb, die Bestellung auf dem Postanwendungsabschnitt zu machen.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise für 1911 schätzt die Zahl der von allen nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen vermittelten Stellen auf rund 3 Millionen. Hierunter befinden sich sowohl die öffentlichen Nachweise wie die der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Herbergen zur Heimat, ferner die paritätischen Fabrikarbeitsnachweise. Zuzunahme nachweise, die Vermittlungsstellen der kaufmännischen und technischen Vereine sowie die Einrichtungen zur Beschaffung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft.

Was die öffentlichen Arbeitsnachweise angeht, so waren zu Beginn des Jahres 1911 475 kommunale oder kommunal unterstützte Anstalten vorhanden. Ihre Tätigkeit stieg von 915 331 besetzten Stellen 1909 auf 1 087 431 Vermittelungen 1910, so daß die erste Million überschritten wurde. An der Spitze stehen der Größe ihrer Vermittlung nach die Arbeitsnachweise von Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt a. M. Daß die öffentlichen Arbeitsnachweise im wachsenden Grade auch auf dem interlokalen Arbeitsmarkt einen Ausgleich herbeizuführen suchen, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß 157 727 Vermittelungen, nach auswärts aufstade gebracht werden konnten. Fast man einzelne Berufsgruppen ins Auge, so wurden jedesmal über 50 000 Stellen besetzt für Landwirtschaft, Metall- und Maschinenindustrie, Holzindu-

freie, Baugewerbe, Gast- und Schankwirtschaft. In diese Reihe gehört gleichfalls die Vermittlung von Hauspersonal, denn es konnten 1910 fast 70 000 Stellen für weibliche Dienstmädchen von den öffentlichen Arbeitsnachweiser erledigt werden. Was die Landwirtschaft betrifft, so ist die neuerdings im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitsnachweiserverbandes gemachte Beobachtung von Interesse, daß besonders die Kleinstädte ihre Vermittlungsziffern erheblich gesteigert haben. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftliche Vermittlung sich mehr und mehr auf die Vermittlung der Kleinstädte ausdehnt.

Arbeiterbewegung. Nahezu ein Vierteljahr ziehen die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Westdeutschland im Kampfe. Die Nachricht, daß die seit einiger Zeit gepflogenen Einigungsverhandlungen abgebrochen seien, trifft nicht zu. Wohl ist eine Stockung eingetreten, trotzdem aber wird weiter verhandelt. — Der Streik der Flügel zusammengeker in der Pianofortfabrik von Bestheim in Berlin dauert fort. Die Bemühungen, eine Einigung herbeizuführen, sind an der Firma gescheitert. — In Eisenburg sind in drei Brauereien die Brauereiarbeiter wegen Lohnhöhdifferenzen in den Zustand getreten. Infolgedessen erklärte sich die vierte Brauerei solidarisch und sperrte sämtliche Arbeiter aus. — Auch in der Waggonfabrik zu Görlitz dauern die Differenzen noch an. Die Direktion will, wenn die Radierer und Anstreicher die Arbeit nicht wieder aufnehmen, den Betrieb überhaupt schließen. Sie hofft auf diese Weise der Organisation einen schweren Schlag zu versetzen; bis jetzt aber ist genau das Gegenteil eingetreten, indem die Arbeiter sich der Organisation anschließen. — In Nordenham sind sämtliche Bauhandwerker ausgeperrt worden.

Wie es scheint, wird der Generalfstreik der Bergarbeiter im belgischen Kohlenrevier von Charleroi und Mons zur Tatsache. Die Unternehmer wollen durchaus die 14tägige Lohnzahlung einführen, wogegen sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit sträuben, namentlich da die Grubenbesitzer selbst die Zahlung von Lohnvorschußen ablehnen. — Nebenbei kritisch liegen auch die Verhältnisse in England. Die Vorbereitungen für die Abstimmung über den Generalfstreik der Bergarbeiter werden bereits getroffen. Das Resultat der Abstimmung soll am 18. Januar verkündigt werden. Der Generalfstreik wird beginnen, wenn sich zwei Drittel dafür erklären. Kampfbücherei ist die Einführung eines Minimallohnes. — Auch die Bemühungen des Friedensvermittlers George Asquith, eine Einigung in der Textilindustrie von Lancashire herbeizuführen, sind bisher vergeblich geblieben. Die Unternehmer verlangen unbedingt, daß die Arbeiter auch mit Unorganisierten zusammenarbeiten. Die verschiedenen Organisationen der Arbeiter haben mehrfach Weisungen abgehalten. Herr Asquith hat mit den beiden Parteien zunächst verhandelt. Ob es ihm gelingen wird, eine Einigung herbeizuführen, erscheint nach dem jetzigen Stand der Dinge sehr zweifelhaft. — Auf den Bahnen in Argentinien sind die Lokomotivführer und Heizer nunmehr in den Zustand getreten. Der Güterverkehr ist fast völlig lahmgelegt, und auch die Personenzüge verkehren unregelmäßig.

Wie die „freien“ Verbände die Koalitionsfreiheit achten, dafür liefert die „Einigkeit“, das Organ der lokalistischen Gewerkschaften, in ihrer letzten Nummer wieder einen drastischen Beweis. Ein Bauarbeiter berichtet nämlich aus Königsberg, daß es ihm daselbst gelungen war, für die „Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ einige Anhänger zu gewinnen, die aber infolge des Terrorismus der Verbände wieder zum Bauarbeiterverband übertraten. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Ich stand wieder allein. Jetzt sollte auch ich würde gemacht werden. Sie weigerten sich, mit mir zusammen zu arbeiten. Da wurde ich entlassen.“

Da aber eine gute Konjunktur herrsche und Maurer allenthalben gesucht wurden, war ich guter Hoffnung. Und doch war nirgends Arbeit für mich. Vom 18. November bis 12. Dezember war ich arbeitslos. Endlich fand ich Beschäftigung. Nur einen Tag dauerte die Freude. Da war die Kunst zu Ende. In der Frühstücks- und Mittagspause wurde ich zugeseht. Die lieben Verbände verlangten, meine Papiere einzusehen. Ich zeigte sie. Jetzt behaupteten sie, daß wir nur dort arbeiteten, wo die Bauten von ihrer Seite gesperret sind. Ich verbat mir diese Lüge. Aber die Vorgetel setzte sich bei der Arbeit fort. Kurz vor Feierabend verlangten diese „Freiheitskämpfer“ vom

Polier, daß er auf mich einmiste, damit ich mich wieder in den Verband aufnehmen lasse. Andernfalls forderten sie meine Entlassung. Ich antwortete, daß ich mich organisieren, wo es mir beliebt.“

Am Abend ging ich zur Zählstelle des christlichen Maurerverbandes und stellte den Anwesenden meine Angelegenheit vor. Meine Bücher waren in Ordnung. Ich nahm einen Aufnahmeschein, nur um zu sehen, wie sich diese Helden jetzt verhalten würden.

Am anderen Morgen, kurz vor Anfang der Arbeit, fragte mich der Vertrauensmann der Verbände, ob ich die Sache erledigt habe. Ich bejahte diese Frage und zeigte ihm die Karte des christlichen Verbandes. Der Polier erschien und fragte, wie es mit meiner Angelegenheit stehe. Der Vertrauensmann antwortete, daß alles in Ordnung sei. Der Polier pfiff zur Arbeit. Ich ging an die Arbeit. Aber die Herren Kollegen blieben in der Bude. Der Vertrauensmann sprach mit dem Polier. Da kam der Polier zu mir und sagte: „Grahmann, mach Feierabend! Und auch ein Mitglied des christlichen Verbandes außer mir mußte den Bau verlassen.“

Ich packte mein Geschirr zusammen und verließ die Zählstelle. Dann meldete ich diese neue Mißreglung der Zählstelle der christlichen Maurer. Dann aber ging ich zum Polizeibureau und gab diese Angelegenheit zu Protokoll.

Ich bekam zum 23. Dezember nochmals eine Einladung zur Vernehmung. Jetzt waren die Burschen feige genug, alles abzustreiten. Diesmal soll es ihnen nicht gelingen. Ich habe als Zeugen den Polier angegeben. Jetzt hat das bürgerliche Gericht das Wort.

Otto Grahmann.

Dieser Fall ist typisch. So wie gegen diesen lokalorganisierten Bauarbeiter, gehen die Verbände überall gegen Andersorganisierte vor. Wenn aber dann die Scharfmacher auf Grund solcher Vorkommnisse nach einer Verschlechterung des Koalitionsrechts rufen, dann schreien jene Gewaltmenschen Jeter und Wordio. Sie allein dabei tragen die Schuld, wenn die ohnehin knapp genug bemessenen Rechte der Arbeiter noch immer mehr gekürzt werden.

Eine Anerkennung der Tarifverträge bedeuten folgende Sätze aus einem kürzlich in der „Neuen Zürcher Ztg.“ veröffentlichten Artikel:

„Produktiven Wert haben besonders die vertraglichen Abmachungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern; denn sie bezürgen, daß die industriellen Betriebe nicht fortwährend und unermittelt durch Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen gekürzt werden; durch die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf längere Frist ermöglichen sie eine sichere Kalkulation und eine prompte Ausführung der Bestellungen. Auch lassen sich manche Organisationsmaßnahmen der Industrie nur mit Hilfe der organisierten Arbeiter durchführen. Mit Stolz wies auf dem ersten Internationalen Kongress der Baumvollindustriellen in Zürich im Jahre 1904 der Führer der englischen Baumwollspinnereibesitzer C. B. Macara auf die wertvolle Wirtshilfe hin, die ihnen die Gewerksvereine der Arbeiter in schwierigen Lagen leisten konnten. In manchen Fällen mag die Beteiligung der Arbeiter an den Organisationsmaßnahmen der Industrie von größerer moralischer als unmittelbarer materieller Bedeutung sein.“

Diesen Ausführungen kommt nun so größere Bedeutung zu, als der Artikel, aus dem sie entnommen sind, keineswegs in arbeiterfreundlichem Sinne geschrieben ist. Im Gegenteil, seine Tendenz ist derartig, daß selbst die „Arbeiterzeitung“ ihn zum Abdruck gebracht hat.

Konsumvereinsbesteuerung und Mittelstand. In dem von Dr. Viktor Böhmert herausgegebenen „Arbeiterfreund“ dem Organ des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, macht Dr. A. Gunninghaus beachtenswerte Ausführungen über die Besteuerung der Konsumvereine. Er sagt über die Konsumvereinsgegner:

„Nicht leicht zu nehmen ist die Gegnerschaft jener, die jede aus Selbsthilfebestrebungen erwachsene wirtschaftliche Macht, jede nicht auf öffentliche Verwaltungstätigkeit zurückzuführende, in großen Kreisen Einfluß gewinnende uneigennützig Maßnahmen mit geringer Gunst betrachten und sie mit Wegebüdnissen in ihrer Entfaltung zu beschranken geneigt sind. Sie suchen, wo sie können, dem Genossenschaftswesen überhaupt und den Konsumgenossenschaften insbesondere das Leben schwerzumachen. Wo sie können, benutzen sie dazu die Klinke der Gesetzgebung. Zu ihnen gehören die angeblischen Mittelstandsvertreter in Parlamenten und Staatsverwaltungen, zu ihnen jene Politiker, die jeden vernünftigen Fortschritt nicht technischer Art für staatsgefährlich halten und hinter dem Genossenschaftswesen beinahe Anarchismus wittern.“

Gunninghaus beleuchtet dann einige Beispiele der Ausnahmesteuerung von Konsumvereinen näher und sagt schließlich:

„Der angeblischen Mittelstandsnot ist also auf diesem Wege nicht gesteuert worden. Und denen, die

unter der Maske von Böhntätern des Mittelstandes jene Beschäftigung der Konsumvereine durchgeleitet haben, kann man nur mit Abbe vorhalten: „Wenn jemand etwas anstrebt, was ihm selbst nichts nützt und was auch nicht der Gerechtigkeit dient, sondern lediglich einem anderen Schaden zufügt, so bezeichnet man das Motiv dessen mit Bosheit.“

Will man nun jene Mitgliedschaft der Konsumvereine, die vorzugsweise dem Mittelstand angehört, durch Auflage einer Steuer auf ihr genossenschaftliches Unternehmen vor sich selber schützen? Und glaubt man, jenen „Keinen Leuten“, die auch zur Mitgliedschaft gehören, einen besonderen Dienst zu erweisen, indem man ihnen ihre mühsamen Ersparnisse verfürzt? Es ist in der Tat nicht einzusehen, wie die „sozialpolitische“ Maßnahme gerechtfertigt werden soll, die Personen, denen man helfen zu wollen vorgibt, durch eine allen vernünftigen Besteuerungsgrundsätzen höhnisch sprechende Steuer belastet.“

So wird von Sozialpolitikern die Frage der Konsumvereinsbesteuerung angelehnt. Das ist um so wichtiger, als die mittelständlerischen Reichstagskandidaten immer wieder auf den Gedanken kommen, die Konsumvereinsbesteuerung in die Wahldebatten zu zerren.

Die Humboldt-Akademie veröffentlicht soeben ihr Vorlesungsverzeichnis für das erste Vierteljahr 1912, das 212 Vortragsreisen und 7 Conferenzreisen enthält. Die Vorlesungen umfassen, wie früher, die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Neu hinzugekommen sind Vorlesungen über die Frauenfrage, staatsbürgerliche Heereskunde, Schiffahrt, Verkehrswissenschaft. Das Lehrvierteljahr beginnt nach der Reichstagswahl am Montag, den 15. Januar. — Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Hauptbureau, Kurfürstenstr. 166, I (1-3), bei Bertheim und in unserem Verbandsbureau, Greifswalderstraße 221/23, erhältlich.

Ueber Privatbeamtenrechte und Privatbeamtenversicherung wird in diesem Winter der Archivar des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Rechtsanwalt Dr. Baum, an der Humboldt-Akademie eine Vorlesung halten. Dabei sollen die Verhältnisse der Beamten und Handlungsgehilfen besonders berücksichtigt werden. Der Vortragszyklus wird danach folgende Punkte berühren: Begriff des Privatbeamten (Handlungsgehilfen, Werkmeister, Techniker, Bureauangestellte, Bürgenangehörige usw.); Rechte und Pflichten aus dem Anstellungsvertrage; Vertragsauflösung; Konkurrenzklause; Erfinderrecht; Gehaltszahlung; Soziale Schutzgesetze für Privatbeamte; Koalitionsrecht; Reformbestrebungen zum Angestelltenstand (Einheitliches Privatbeamtenrecht, Sonntagruhe, Bureau- und Laden-schluß, Handelsinspektoren); Privatbeamtenversicherung unter Berücksichtigung des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Die Vorlesungen finden im Falkersgymnasium, Lipowstraße 84, Mittwoch abends von 9-10 Uhr statt. Der Anfang ist auf den 17. Jan. festgesetzt.

Verbands-Zell.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G. u. D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Am 10. Januar 1912, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Kritik des Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“. Gäste willkommen. **Gewerksvereins-Vereinsrat (G. u. D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Übungsstunde I. Verbandskaffe b. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. **Sonnabend, 13. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abds. 8½ Uhr Versammlung bei Gutzeit, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Traubert: „Die Gewerksvereine als Förderer der Kultur“. Jahresberichte des Schriftführers und des Kassiers. Regulator - Porto. **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abds. 8½ Uhr, Bruckstraße 36 a. 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Jahresberichte des Schriftführers und Kassiers. 4. Berichtsanlagen. **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abds. 8½ Uhr im Nordwestkassino, Alt-Neubühl 55-56. Vortrag des Kollegen Jordan: „Unser Vertrauensmännersystem. Abrechnung der Bilanz.“ **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8½ Uhr bei Straß, Putzbrunnstr. 51. Jahresbericht.

Sachverein der Bädergehilfen Frankfurt a. M. Die 25jährige Generalversammlung am Freitag, 19. Januar d. J., nachm. 2 Uhr im Vereinslokal, Heiligkreuzstr. 82. Plakatives Erscheinen eines jeden Mitgliedes erwünscht.

Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfner, Sandowertstr. 42. **Dahlemburg (Balkenwirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Kurfürstenstr. 39, Sitzung.

* Adressen

Überfeld, Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenländer, Überfeld, Sulzenstr. und Schölingstr. 64c. -

der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureau der Deutschen Gewerksvereine. Nachstehend geben wir die uns bisher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. bekannt.

Als Arbeitersekretariate gelten Materielle Angelegenheiten mit einem eigens angestellten Beamten und mit täglichen Sprechstunden während des ganzen Tages.

Rechtsauskunftsstellen sind nebenamtlich verfehene Auskunftsstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Agitationsbeamten der einzelnen Gewerksvereine verfehene.

Auskunftsbureau sind Auskunftsstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit verfehene werden.

Wo die Angaben unvollständig sind, oder wo außer den Genannten noch Arbeitersekretariate usw. bestehen, bitten wir uns das noch mitzuteilen. Arbeitersekretariate.

Table with 5 columns: Stadt, Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Nachen, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt/Main, Magdeburg, Nürnberg, Saarbrücken.

Table with 5 columns: Stadt, Zur Benutzung für, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Altena, Augsburg, Breslau, Bromberg, Burg, Chemnitz, Danzig, Dortmund, Dresden, Elbing, Erfurt, Götting, Greifswald, Hagen (Westf.), Hamm (Westf.), Hamm (Westf.), Hannover, Kattowig, Köln, Leipzig, Mannheim, M. Glabach, Oberhausen, Siegen, Spremberg, Stettin, Stuttgart, Ulm, Waldenburg, Wanne, Wanne, Weizsäcker.

Literatur.

Engagemente Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Inwieweit ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich? Erfahrungen Englands, Australiens und Kanadas. Von Prof. Dr. H. Broda. Berlin 1912. Druck und Verlag von Georg Reimer.

Privatangehörige und Arbeitsrecht von Dr. Karl Fleisch, Frankfurt a. M., Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses und Dr. Heinz Rothhoff, Düsseldorf, Mitglied des Reichstages. Zweite durchgesehene und vermehrte Auflage der Schrift: Zur Kritik des Arbeitsvertrages von Dr. Karl Fleisch, Frankfurt a. M. Herausgegeben im Auftrage des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Berlin. Industriebeamten-Verlag, G. m. b. H. 1912.

Kat. Antworten an einen sozialdemokratischen Agitator. Herausgegeben von der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 1911. Im Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M. Glabach. Preis 80 Pfg.

Der „wissenschaftliche“ Sozialismus. Die Grundlage der Sozialdemokratie. Gemeinverständlich erzählt von Dr. Ludwig Rieber. 1911. Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M. Glabach. Preis 20 Pfg.

Sozialdemokratie und Religion. Eine Untersuchung der sozialdemokratischen Praxis und Theorie. Von Dr. Franz Reffert. 1912. Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M. Glabach. Preis 50 Pfg.

Table with 5 columns: Ort, Errichtet für, Adresse, Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Bitterfeld, Chemnitz, Döbeln, Überfeld, Kirch, Großschmiede, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Reuß a. Rh., Oldenburg, Plauen, Posen, Stettin, Striegau, Wilhelmshaven, Thorn.

Anzeigen-Zeil.

Wissen und Weisheit werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen. Köln und Weisheit a. Rh. Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Severinstr. 118 I. Langendreez. Das Ortsgeheimnis des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerksvereinskollegen wird ausgegibt beim Kassierer G. e. n. r. z. z. in Berner b. Langendreez, Bahnhofstr. 88. Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat: Saarbrücken, Bahnhofstr. 42. Hagen. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterfütterung beim Verbandskassierer B. e. n. n. e. w. i. t. z. in Berner b. Langendreez, Bahnhofstr. 88. Hannover und Umgegend. Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufe erhalten Nachquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl B. e. i. e. l., Heisenstraße 82 A I. Wanne. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. e. r. b. e. Kornmarkt 9. Hagenberg i. Gschf. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeheimnis im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Niedergraben 16. Götting (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Betrage von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer B. R. i. t. z. j. o. Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hieher kommen und wegen Arbeit Unsicherheit halten, aber gleich wieder abziehen, erhalten ein Ortsgeheimnis von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer. Magdeburg (Banbanwerker). 75 Pfennig im Bureau, Rathenstraße 2/8 II.